

MENSCHENRECHTE, DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT ALS AUFGABE DER SCHWEIZERISCHEN INNEN- UND AUSSENPOLITIK

ANSPRACHE VON HERRN BUNDESRAT FLAVIO COTTI ANLÄSSLICH DER VERLEIHUNG DES FISCHHOF-PREISES AM 21. SEPTEMBER 1995

Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat als Aufgabe der schweizerischen Innen- und Aussenpolitik", so heisst der Titel meiner Ansprache hier in der Zürcher Wasserkirche. Der Titel dürfte möglicherweise in der Schweiz da und dort erstaunen. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat? Sind das nicht Dinge, die wir als gesichertes Gut unseres schweizerischen Alltags sehen und auch oft rühmen? Sind das nicht Probleme, die andere Länder und Völker betreffen, Länder der Dritten Welt etwa, oder meinetwegen einige Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens?

Meine Damen und Herren, ich muss Ihnen gestehen: Ich habe ein gewisses Verständnis für diese Frage und nehme sie auch durchaus ernst. In der Tat ist es so, dass wir in diesem Land von groben, schwerwiegenden und andauernden Menschenrechtsverletzungen verschont bleiben, dass der Rechtsstaat funktioniert und dass wir uns als eine weitherum respektierte Demokratie bezeichnen dürfen. Auch die Frage kultureller und sprachlicher Minderheiten - in vielen Ländern Anlass zu erbitterten Fehden und oft gar gewalttätigen Auseinandersetzungen - ist bei uns im grossen und ganzen befriedigend gelöst. Ein Vertreter der kleinen italienischsprechenden Minderheit würde natürlich noch weitere Forderungen in bezug auf die totale Gleichberechtigung stellen. Ich vergesse aber nicht, dass es in der Welt kaum andere Minderheiten gibt, die eine so gute Behandlung geniessen. Wir werden deshalb im Ausland für alle diese Dinge nicht selten gelobt. Auch auf meinen Reisen als Aussenminister erfahre ich dieses Lob recht häufig und ich kann Ihnen sagen, dass es in den allermeisten Fällen auch wirklich aufrichtig klingt. Die Schweiz hat diesbezüglich in der Tat einen guten Namen. Daran gibt es nichts zu rütteln und darauf können wir auch ein klein wenig stolz sein. Warum nicht?

Doch diese Geschichte hat auch ihre Kehrseite. Allzuviel Lob von aussen kann gefährlich sein. Vor allem auch dann, wenn es vom Gelobten übernommen und so sehr verinnerlicht wird, dass auch er sich selbst zu loben beginnt und sich bald einmal besser dünkt als die "andern". Spätestens dann läuft er Gefahr, zwar wohl den Splitter im Auge des Nächsten zu sehen, nicht aber den Balken im eigenen Auge.

Der Kampf für Menschenrechte und gegen Rassismus: auch eine Aufgabe der schweizerischen Innenpolitik...

Wir Schweizerinnen und Schweizer brauchen uns - das möchte ich nochmals unterstreichen - im internationalen Quervergleich in Sachen Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat sicher nicht zu schämen. Dennoch: diese Dinge besitzen auch wir nicht als Güter, die uns ein für allemal von der Vorsehung geschenkt wurden und nun fest und unveräusserlich in unserem Besitz sind. Nein, meine Damen und Herren, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat sind auch in der Schweiz täglich neu zu leben und in gewissen Fällen auch immer wieder neu zu erstreiten. Auch wenn wir hier in diesem Lande in sogenannten "geordneten Verhältnissen" leben, so müssen wir doch selbstkritisch erkennen, dass auch wir nicht dagegen gefeit sind, gelegentlich den Geist der Demokratie, des Rechtsstaates und der Menschenrechte zu verletzen.

Allein die Tatsache, dass es zum Beispiel eine "Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus" unter ihrem engagierten Präsidenten Dr. Sigi Feigel und die "Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz" gibt, ist ein beredtes Zeugnis dafür, dass auch wir Schweizerinnen und Schweizer diesbezüglich immer wieder von neuem an uns selbst arbeiten müssen.

Und dass die Stiftung dieses Jahr ihre Fischhof-Preise an Nationalrätin Rosmarie Dormann und Peter Hirsch-Surava verleiht, macht die Sache vollends klar: Rassismus, auch wenn er gelegentlich kaschiert und auf eine scheinheilige Art äusserlich harmlos daherkommt, war und ist da und dort auch ein Problem in unserem Land. Gewiss, die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer sind keine Rassisten. Aber die heutige Preisverleihung mahnt uns doch zur Wachsamkeit. Die beider Preisträger werden im folgenden aus berufenem Munde

einzelnen gewürdigt. Doch lassen Sie auch mich ganz kurz auf sie in einem weiteren Zusammenhang eingehen.

Der über weite Strecken erschütternde Lebensbericht von und über Peter Hirsch Surava macht jedem von uns klar, dass es in der Schweiz über Jahrzehnte mehr oder weniger offenen Rassismus gab, Rassismus als Anschlag auf fundamentale Menschenrechte in einem sich als zutiefst demokratisch verstehenden Staatswesen. Dieser Rassismus war keineswegs nur in privaten Zirkeln und an Stammtischen anzutreffen, sondern auch in Zeitungsredaktionen und Amtsstuben. Und wenn er gelegentlich auch sehr subtil wirkte, für Peter Hirsch-Surava hatte er zutiefst bittere Folgen. Folgen, an denen der Privatmann und Journalist Hirsch-Surava beinahe zerbrochen wäre. Diese unglaubliche Geschichte in jahrzehntelangen Fortsetzungskapiteln, sie macht mich einerseits traurig. Traurig, weil sie wie weitere Beispiele gerade aus der Kriegszeit verdeutlicht, dass auch die Schweiz wie ich am 3. April dieses Jahres in einer Rede zum Gedenken an Generalkonsul Carl Lutz ausführte - da und dort in die Schuld der unsäglichen Barbarei jener Jahre verstrickt war. Ich möchte es hier nochmals mit aller Deutlichkeit sagen: Das historische Verständnis für die Ausnahmesituation und die objektiven Überlebensschwierigkeiten eines kleinen, von der nazistischen und faschistischen Welt umzingelten Landes darf uns nicht dazu verführen, manche schwere Versäumnisse und Fehler gerade in unserer Politik gegenüber den verfolgten Juden zu entschuldigen. Auch die heroische Leistung einzelner Landsleute - ich denke natürlich an Carl Lutz, aber auch an weitere, weniger bekannte Männer und Frauen wie etwa Konsul Ernst Prodoliet, der in Bregenz und Amsterdam Hunderte von Juden auf der Flucht vor den Nazischergen hilfreich zur Seite stand - darf unseren Blick auf diese schwere Zeit nicht verschleiern. Vielmehr sollen und müssen wir diese dunklen Punkte in unserer Geschichte selbstkritisch aufarbeiten und öffentlich zur Diskussion stellen. Das hat am 8. Mai auch mein Kollege, Herr Bundespräsident Kaspar Villiger, in seiner eindrücklichen Rede vor der Bundesversammlung anlässlich der Feier zum Kriegsende getan. Auch für ihn und alle übrigen Mitglieder des Bundesrates ist klar, dass die Schweiz nicht umhin kommt, manche Aspekte ihrer Politik jener Jahre in Frage stellen zu lassen. Dass ein Peter Hirsch-Surava, der sich während des Krieges gegen alle offiziellen Widerstände und Beschwichtigungen mutig gegen das menschenverachtende und menschenvernichtende Regime des Nationalsozialismus ankämpfte, auch nach dem Krieg noch unter den unmöglichsten Vorwänden schikaniert und erniedrigt wurde, gehört mit in diese schonungslose Aufarbeitung unserer Vergangenheit. Am vergangenen Sonntag konnte ich dies bei der Vorführung des Films "Er nannte sich Surava" selber tief beeindruckt feststellen.

Die Geschichte des Peter Hirsch-Surava macht mich traurig, habe ich gesagt. Dass diesem Mann andererseits - wenn auch mit der üblichen schweizerischen Verspätung - nun doch noch Gerechtigkeit widerfährt und die Gemeinde Surava ihm nach all dem Geschehenen in einer eindrücklichen Geste gar das Ehrenbürgerrecht verleiht, stimmt mich trotz allem letztlich optimistisch.

Dass der Kampf gegen Rassismus und Fremdenhass und damit für die Durchsetzung elementarer Menschenrechte ständig neu zu führen ist, zeigt auch das Beispiel der zweiten Preisträgerin, Frau Rosmarie Dormann. Rosmarie, ich konnte während der zahlreichen Auftritte in einem unvergesslichen, harten Abstimmungskampf immer wieder feststellen, wie gross und uneingeschränkt Dein Einsatz war! Du hast im letztjährigen Abstimmungskampf für das Antirassismus-Gesetz ganz persönlich die ernüchternde Feststellung machen müssen, dass Rassismus und Menschenverachtung alles andere als ein abgeschlossenes Kapitel unserer Geschichte darstellen. Hässliche persönliche Attacken und anonyme Drohungen haben Rosmarie Dormann und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter vom Abstimmungskomitee nicht davon abgehalten, für eine Sache einzustehen, die sie zu Recht als eine essentielle Verpflichtung gerade für das multikulturelle Staatswesen Schweiz sehen. Dass der Abstimmungskampf am 21. September 1994, also heute vor genau einem Jahr, schliesslich mit der Annahme der Vorlage endete, ist nicht zuletzt diesem vorbehaltlosen Einsatz zu verdanken. Auch diese Abstimmung, deren Ausgang bis zur letzten Minute offen blieb, stimmt mich letztlich optimistisch.

Rosmarie Dormann und Peter Hirsch-Surava, meine Damen und Herren, sind nicht nur zwei Preisträger, die unseren tiefen Respekt und unsere volle Bewunderung verdienen. Sie sind auch zwei Menschen, die durch ihr persönliches Engagement uns alle anspornen, ebenfalls beherzt und unerschrocken gegen den Ungeist des Rassismus und des Menschenhasses aufzustehen. Es ist dies eine Aufgabe für uns alle, hier im eigenen Lande, aber ebenso auch

draussen in der Weit. Lassen Sie mich deshalb noch einige Gedanken zu unserem menschenrechtlichen Engagement im internationalen Bereich anstellen.

Der weltweite Kampf für Menschenrecht und Rechtsstaat: für ein verstärktes und konkretes Engagement der Schweiz

Es steht für mich ausser Zweifel, dass die weltweite Förderung von universellen Menschenrechten, von Demokratie und Rechtsstaat ein zentrales Anliegen unserer Aussenpolitik sein muss. Diese Sicht hat ihren Niederschlag auch im aussenpolitischen Bericht des Bundesrates vom November 1993 gefunden.

Dieser Bericht stellt in verschiedener Hinsicht eine Neuausrichtung unserer Politik im internationalen Bereich dar. Die Schweiz hat sich demzufolge vermehrt und bewusster der Weit gegenüber zu öffnen. Doch diese Öffnung ist nur dann glaubwürdig, wenn sie auch Solidarität mit der Völkergemeinschaft als Richtschnur unseres Handelns beinhaltet. In diesem Zusammenhang ist es auch folgerichtig, dass der Bericht die Förderung der Menschenrechte als eines der fünf Hauptziele unserer Aussenpolitik festlegt. Hinter der Festschreibung dieses Ziels steht die Überzeugung, dass Friede und Sicherheit sowie internationale Solidarität nur dann weltweit durchzusetzen sind, wenn die Staatengemeinschaft die Menschenrechte als zentralen Grundwert jedes politischen Handelns akzeptiert.

Wir sind fest entschlossen, unsere Aussenpolitik konkret zu gestalten; die Aussagen des aussenpolitischen Berichts haben nur Wert, wenn sie auch praktische Auswirkungen haben. Mit anderen Worten: man muss die Probleme beherzt anpacken, "penser avec les mains", wie das Denis Rougemont einmal treffend formuliert hat.

Um dies zu tun, wurde im Zuge der Departementsreform im EDA eine Abteilung Menschenrechte geschaffen. Zusammen mit anderen Stellen unseres Departements (ich denke da vor allem an die DEHZO) sowie Bundesämtern anderer Departemente, hat diese neue Abteilung unter anderem die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass es in unserer weltweiten Menschenrechtspolitik nicht bei frommen Wünschen bleibt.

Ich kann Ihnen versichern, unsere Diplomaten und viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb und ausserhalb des Departements leisten täglich Beträchtliches (wenn auch diese Themen medienmässig wenig spektakulär erscheinen und im Interesse der Sache auch gar nicht an die grosse Glocke gehängt gehören). Hier nur einige Stichworte: Schweizer und Schweizerinnen arbeiten an vorderster Front in Kurz- und Langzeitmissionen im Rahmen der UNO und der OSZE. Herr Birchler, zürcherischer Staatsschreiber und Berater des EU-Administrators in Mostar; Herr Kohlschütter, der kürzlich sein OSZE-Mandat in der Ukraine beendet hat; Frau Tagliavini, welche unter schwierigen Bedingungen in den vergangenen 6 Monaten als Mitglied der OSZE-Delegation in Tschetschenien viel Mut bewiesen hat und welche ganz besonders für Menschenrechtsfragen zuständig war; Herr Botschafter Brunner, der für die UNO in Georgien vermittelt - sie alle und viele mehr leisten einen wichtigen und sehr praktischen Beitrag zur Förderung von Frieden und Menschenrechten.

Praktische Hilfe beim Aufbau echt demokratischer Strukturen leistet die Schweiz ebenfalls neu in Südafrika. Auch in Mozambique und erneut im entsetzlich heimgesuchten Rwanda laufen wichtige Projekte gerade im Bereich der praktischen Menschenrechts- und Minderheitspolitik. Nicht unerwähnt möchte ich auch die Tatsache lassen, dass die Schweiz künftig das Thema Menschenrechte in den multilateralen Nahost-Friedensprozess einbringt. Nach 1,5 Jahren Überzeugungsarbeit ist es gelungen, im Mai 1995 an der Konferenz von Montreux zwei Ziele zu erreichen: Erstens, dass die Menschenrechtsfragen in den Friedensprozess einbezogen werden, und zweitens dass die Schweiz als Beraterin für die menschliche Dimension des Friedensprozesses bezeichnet wurde.

In diesem Zusammenhang ist auch der leider gescheiterte Versuch zu sehen, im Rahmen der OSZE zusammen mit anderen kleinen gleichgesinnten europäischen Ländern, den Moskauer-Mechanismus in der Türkei anzuwenden.

Ein Punkt erscheint mir in diesem Zusammenhang ebenfalls von grosser Bedeutung. Wir haben bis jetzt von ganz spezifischen Hilfeleistungen und Projekten zur Verbesserung der Menschenrechtssituation gesprochen. Ebenso entscheidend ist aber die Tatsache, dass die

Schweiz Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat als wichtige Richtlinien und Kriterien für andere Politikbereiche anwendet. So wird etwa die Unterstützung an ost- und mitteleuropäische Länder davon abhängig gemacht, ob Rechtsstaatlichkeit, der Schutz der Menschenrechte und politischer Pluralismus gewahrt sind oder mindestens ernsthafte Schritte in diese Richtung unternommen werden. Auch in der eigentlichen Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt werden Hilfeleistungen an der Erfüllung gewisser menschenrechtlicher Standards durch die Empfangsländer geknüpft.

Ein letztes: Nächstes Jahr wird die Schweiz, wie Sie wissen, die Ehre haben, die OSZE, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, zu präsidieren. Sie können davon ausgehen, dass wir auch in diesem Rahmen die praktische Durchsetzung von Menschenrechten, Minderheitenrechten und Rechtsstaat zu eiriem zentralen Punkte unserer Bemühungen machen werden. Dabei werden wir der Mittel der sogenannten Präventiv-Diplomatie besondere Beachtung schenken. Gerade der dramatische Fall Ex-Jugoslawien demonstriert einmal mehr die Wichtigkeit diplomatisch präventiv zu wirken und nicht erst dann, wenn das Haus bereits voll in Flammen steht. Auch beim OSZE-Präsidium wird es darum gehen, über Deklarationen und diplomatische Berichte hinauszukommen, etwas wirklich Konkretes zur Verbesserung unhaltbarer Situationen zu versuchen. Eine der Aufgaben der schweizerischen Präsidentschaft besteht etwa darin, die Mechanismen zur Behandlung menschenrechtlicher Fragen so zu verbessern, dass sie vermehrt in den eigentlichen politischen Gremien diskutiert werden können. Es ist mir allerdings völlig klar, dass von unserem OSZE-Präsidialjahr naturgemäss keine Wunder erwartet werden können. Die OSZE ist eine Organisation der kleinen,- unspektakulären Schritte. Schritte allerdings, die im Interesse von Friede, Sicherheit und Gerechtigkeit getan werden müssen.

Der Kampf für Menschenrechte: ein Kampf, der sich trotz allem lohnt

Der Kampf für Menschenrechte ist mühsam. Oft ist er auch alles andere als widerspruchsfrei. Setzt unsere Menschenrechtspolitik zum Beispiel auf einen langfristigen Dialog, erzielt sie zwar vielleicht Erfolge in weiter Ferne, muss aber kurzfristig gegenüber brennend-aktuellen Menschenrechtsverletzungen schweigen. Protestiert sie dagegen sofort und lauthals, verunmöglicht sie höchstwahrscheinlich einen langfristigen Dialog. Mit solchen Widersprüchlichkeiten haben wir uns tagtäglich auseinanderzusetzen. Allgemeingültige Standardrezepte zur Beurteilung gibt es nicht. Die diesbezüglichen Fälle sind alle einzeln sorgfältig abzuwägen und dann nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden.

Ich weiss auch, unser Land ist klein und unsere Einflussmöglichkeiten - nicht zuletzt durch unser Abseitsstehen bei wichtigen internationalen und europäischen Gremien und Institutionen - eher gering. Aber das soll uns - davon bin ich zutiefst überzeugt - nicht davon abhalten, wo immer möglich und sinnvoll, etwas zu tun, das auf konkrete und praktisch erreichbare Ziele hin ausgerichtet ist. Der oft gehörte Einwand: "Was kann die kleine Schweiz denn schon in dieser grossen Welt mit allen ihren Ungerechtigkeiten ausrichten?", dieser Einwand zählt für mich nicht. Ja, er ist für mich sogar so etwas wie eine billige Ausrede, um schliesslich gar nichts

Meine Damen und Herren, es ist unsere gemeinsame Aufgabe, im Bereich der Menschenrechte unruhig zu bleiben, unzufrieden mit einer Welt, die bisher noch immer - im kleinen wie im grossen, versteckt und offen - Rassismus und Menschenrechtsverletzungen toleriert und nicht selten gar als politisches Mittel bewusst praktiziert, Dagegen haben wir zu kämpfen!
Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.